

Wahlumfrage des MV Winterthur

Von zehn Winterthurer Stadtratskandidat / -innen und zehn Stadtparteien wollte der MV wissen, wie Sie zu den wohnpolitischen Forderungen des Mieterverbands Winterthur stehen. 15 haben geantwortet.

Im Dezember legte der MV Winterthur ein Positionspapier mit wohnpolitischen Forderungen vor. Acht aus dieser Plattform abgeleitete Fragen hat der MV im Dezember den Winterthurer Parteien und Stadtratskandidat/-innen zur Beantwortung vorgelegt. Fazit: Nur eine Minderheit der Antwortenden setzt sich für die vom MV geforderte Neuorientierung in der Wohnpolitik (siehe Kasten) ein.

Von den Stadtratskandidat/ -innen haben die SP-Mitglieder Nicolas Galladé (neu) und Pearl Pedergrana (bisher) alle Fragen des MV mit Ja beantwortet. Sie wollen Baugenossenschaften stärker fördern, bei der Vermietung städtischer Wohnungen die genossenschaftliche Kostenmiete durchsetzen, Mieter/-innen in den Planungsprozess einbeziehen und energetische Sanierungen sozialverträglich ausgestalten.

Ihre Parteikollege, der wieder kandidierenden Stadtpräsidenten Ernst Wohlwend sagt siebenmal Ja. Er spricht sich nur gegen die MV-Forderung aus, private Grundeigentümer zum Bau von Genossenschafts-Wohnungen zu verpflichten. Ernst Wohlwend will darüber hinaus, dass die Stadt kostengünstig und sanft saniert und private Liegenschaften durch Zukäufe der Stadt der Spekulation entzieht.

Offen für die Forderungen des MV ist auch CVP-Stadtrat Michael Künzle. Als Mitglied des Winterthurer Bauausschusses will er Alternativen zum Abriss des Talgutquartiers prüfen lassen. Der Entscheid über bauliche Massnahmen müsse jedoch bei den Grundeigentümern bleiben.

Wenig Bedarf an einer Neuorientierung sieht der grüne Stadtrat Matthias Gfeller. In Winterthur würde der gemeinnützige Wohnungsbau schon gefördert. Energetische Sanierungen müssten auch dann durchgeführt werden, wenn dies zu sozialen Härten führe.

Noch radikaler sagt das der grünliberale Michael Zeugin. Für eine bessere energetische Lösung müsse man auch bereit sein, ein Haus abzureissen. Er will auch, dass die Stadt bei der Vermietung ihrer Wohnungen „am Markt“ orientiert.

Die beiden FDP-Kandidat/-innen Verena Gick (bisher) und Stefan Fritschi (neu) äussern sich mieterfreundlicher. Sie haben zwar nur vier, beziehungsweise drei Fragen des MV mit Ja beantwortet. Finanzvorsteherin Gick spricht sich jedoch für «kostengünstige, zurückhaltende Sanierungen» aus. Und Stefan Fritschi will Genossenschaften bei der Beschaffung von Bauland unterstützen.

Speziell sind die Antworten von SVP-Kandidat Daniel Oswald. Er sagt zwar bei sechs der acht MV-Fragen kommentarlos mit einem Ja. Handlungsmöglichkeiten für den Erhalt von preisgünstigen Wohnungen sieht er jedoch nur beim Verzicht auf eine «übermässige Besteuerung des Wohneigentums».

Keine Antwort ist von EVP-Stadtratskandidat Nik Gugger eingegangen. Für die EVP spricht sich Parteikollegin und Gemeinderätin Barbara Günthard Fitze für die Förderung der Genossenschaften aus und beantwortet 7 der 8 MV-Fragen mit einem Ja. Alle MV-Fragen mit Ja beantwortet haben die Gemeinderatskandidaten David Berger (AL) und Marcel Stutz (SD).

Alle Antworten mit den Ausführungen der Kandidat / -innen und die von SP, CVP, EVP, Grünen, AL und SD eingegangenen Antworten der Parteien finden Sie auf der Internetseite des MV (www.mieterverband.ch/zuerich)

Winterthur: MV für Kurswechsel in der Wohnpolitik

Winterthur sei eine gute Adresse für Mieterinnen und Mieter, schreibt der MV in seiner wohnpolitischen Plattform. Da sich der Druck auf den Winterthurer Immobilienmarkt markant erhöht habe, brauche es jetzt eine neue Wohnpolitik. Mit der « auf die Ansiedlung guter Steuerzahler / -innen und energetische Erneuerungsinvestitionen ausgerichteten » Stadtpolitik habe man bisher den Druck auf den Wohnungsmarkt noch verstärkt. In den nächsten Jahren müsse «der Erhalt und die Erneuerung von preisgünstigem Wohnraum» im Zentrum stehen.